

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1969

Ausgegeben am 30. Juni 1969

58. Stück

- 210.** Bundesgesetz: Übernahme der Bundeshaftung für Darlehen und sonstige Kredite der Schoeller-Bleckmann Stahlwerke Aktiengesellschaft
- 211.** Bundesgesetz: Abänderung des Bundesgesetzes, betreffend die Übernahme der Bundeshaftung für Anleihen, Darlehen und sonstige Kredite der Elin-Union Aktiengesellschaft für elektrische Industrie
- 212.** Bundesgesetz: Erlöschen von Forderungen des Bundes gegen die Hofherr-Schranz Aktiengesellschaft und die Trauzl-Werke Aktiengesellschaft
- 213.** Verordnung: Durchführung der Vermittlung schwer vermittelbarer Personen
- 214.** Kundmachung: Aufhebung der Verordnung des Bundespolizeikommissariates Leoben, betreffend das Aushängen und Anschlagen von Druckwerken, durch den Verfassungsgerichtshof
- 215.** Kundmachung: Beitritt der Vereinigten Staaten von Amerika zum Zollabkommen über den internationalen Warentransport mit Carnets TIR (TIR-Abkommen)
- 216.** Kundmachung: Verlautbarung des Beschlusses Nr. 6/1969 des Rates der Europäischen Freihandelsassoziation
- 217.** Kundmachung: Verlautbarung des Beschlusses Nr. 3/1969 des Gemeinsamen Rates, gefaßt auf Grund des Übereinkommens zur Schaffung einer Assoziation zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Freihandelsassoziation und der Republik Finnland
- 218.** Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien betreffend die Änderung und Ergänzung des Abkommens über den alpinen Touristenverkehr im Grenzgebiet

210. Bundesgesetz vom 11. Juni 1969, betreffend die Übernahme der Bundeshaftung für Darlehen und sonstige Kredite der Schoeller-Bleckmann Stahlwerke Aktiengesellschaft

Der Nationalrat hat beschlossen:

§ 1. (1) Der Bundesminister für Finanzen wird ermächtigt, für die von der Schoeller-Bleckmann Stahlwerke Aktiengesellschaft zur Durchführung von Investitionsvorhaben und Rationalisierungsmaßnahmen im In- und Ausland aufzunehmenden Darlehen und sonstige Kredite namens des Bundes die Haftung als Bürge und Zahler (§ 1357 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches) zu übernehmen.

(2) Der Bundesminister für Finanzen darf von der in Abs. 1 erteilten Ermächtigung nur dann Gebrauch machen, wenn

- der jeweils ausstehende Gesamtbetrag (Gegenwert) der Haftung 150 Millionen Schilling einschließlich Zinsen und Kosten nicht übersteigt;
- die Finanzoperation im Einzelfall den Betrag von 75 Millionen Schilling einschließlich Zinsen und Kosten nicht übersteigt;

c) der nominelle Zinsfuß, bezogen auf ein Jahr, bei Zinszahlung im nachhinein nicht mehr als 575 vom Hundert über dem im Zeitpunkt der Finanzoperation geltenden Zinsfuß für Eskontierungen der Oesterreichischen Nationalbank (§ 48 Abs. 4 des Nationalbankgesetzes 1955, BGBl. Nr. 184) beträgt;

d) die Laufzeit der Finanzoperation 15 Jahre nicht übersteigt;

e) die prozentuelle Gesamtbelastung unter Zugrundelegung der folgenden Formel nicht mehr als 102% beträgt:

$$100 \times \left(\text{Zinsfuß}_{\text{gem. lit. c}} + \frac{\text{Rückzahlungskurs} - \text{Nettoerlös der Finanzoperation in Hundertsätzen}}{\text{mittlere Laufzeit}} \right)$$

Nettoerlös der Finanzoperation in Hundertsätzen;

f) im Falle, daß eine vorzeitige Kündigung der Darlehen und sonstigen Kredite vereinbart ist, auch bei Kündigung die prozentuelle Gesamtbelastung gemäß lit. e nicht überschritten wird;

g) die Finanzoperation in Schilling, US-Dollar, Deutschen Mark, Französischen Franken, Schweizer Franken oder einer sonstigen jederzeit konvertierbaren Währung erfolgt.

§ 2. Wird die Haftung des Bundes gemäß § 1 für Fremdwährungsbeträge übernommen, so sind diese zu den im Zeitpunkt der Haftungsübernahme vom Bundesministerium für Finanzen jeweils festgesetzten Kassenwerten auf die genannten Höchstbeträge anzurechnen.

§ 3. Die im § 1 erteilte Ermächtigung gilt bis 31. Dezember 1974.

§ 4. Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist der Bundesminister für Finanzen betraut.

Klaus Jonas Koren

211. Bundesgesetz vom 11. Juni 1969, mit dem das Bundesgesetz, betreffend die Übernahme der Bundeshaftung für Anleihen, Darlehen und sonstige Kredite der Elin-Union Aktiengesellschaft für elektrische Industrie, abgeändert wird

Der Nationalrat hat beschlossen:

Artikel I

Das Bundesgesetz vom 1. März 1967, BGBl. Nr. 83, betreffend die Übernahme der Bundeshaftung für Anleihen, Darlehen und sonstige Kredite der Elin-Union Aktiengesellschaft für elektrische Industrie, wird abgeändert wie folgt:

1. Im § 1 Abs. 1 haben an Stelle der Worte „den Betrag von 390 Millionen Schilling zuzüglich der Zinsen und Kosten“ die Worte „den Betrag von 780 Millionen Schilling einschließlich der Zinsen und Kosten“ zu treten.

2. Im § 1 hat Abs. 2 zu lauten:

„(2) Der Bundesminister für Finanzen wird ferner ermächtigt, für die zum Zwecke der Durchführung von Investitionsvorhaben und Rationalisierungsmaßnahmen im In- und Ausland aufzunehmenden Anleihen, Darlehen und sonstigen Kredite der Elin-Union Aktiengesellschaft für elektrische Industrie Haftungen namens des Bundes als Bürge und Zahler (§ 1357 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches) in einem Ausmaß zu übernehmen, daß der jeweils ausstehende Gesamtbetrag (Gegenwert) der Haftungen den Betrag von 800 Millionen Schilling einschließlich der Zinsen und Kosten nicht übersteigt.“

3. Der bisherige Abs. 2 des § 1 erhält die Bezeichnung Abs. 3 und hat zu lauten:

„(3) Der Bundesminister für Finanzen darf von der in den Abs. 1 und 2 erteilten Ermächtigung nur dann Gebrauch machen, wenn

a) die Finanzoperation im Einzelfall den Betrag (Gegenwert) von jeweils 300 Millionen Schilling einschließlich der Zinsen und Kosten nicht übersteigt;

b) der nominelle Zinsfuß der Anleihe, des Darlehens und des sonstigen Kredites, bezogen auf ein Jahr bei Zinsenzahlung im nachhinein, nicht mehr als 5,75 vom Hundert über dem im Zeitpunkt der Finanzoperation geltenden Zinsfuß für Eskontierungen der Oesterreichischen Nationalbank (§ 48 Abs. 4 des Nationalbankgesetzes 1955, BGBl. Nr. 184) beträgt;

c) die Laufzeit der Finanzoperationen 30 Jahre nicht übersteigt;

d) die prozentuelle Gesamtbelastung unter Zugrundelegung der folgenden Formel nicht mehr als 10,2% beträgt:

$$100 \times \frac{\left(\begin{array}{l} \text{Rückzahlungskurs abzüglich} \\ \text{Nettoerlös der Finanz-} \\ \text{operation in Hundertsätzen} \end{array} + \frac{\text{Zinsfuß}}{\text{gem. lit. b}} \right)}{\text{mittlere Laufzeit}}$$

Nettoerlös der Finanzoperation in Hundertsätzen.

Zur Feststellung des Nettoerlöses gemäß lit. d sind die Emissions- oder Zuzahlungsverluste, Begebungsprovisionen, Werbe- und Druckkosten (Begebungskosten) vom Bruttoerlös in Abzug zu bringen;

e) im Falle, daß eine vorzeitige Kündigung der Anleihen, Darlehen und sonstigen Kredite vereinbart ist, auch bei Kündigung die prozentuelle Gesamtbelastung gemäß lit. d nicht überschritten wird;

f) die Finanzoperation in Schilling, US-Dollar, Französischen Franken, Schweizer Franken, Deutschen Mark oder einer sonstigen jederzeit konvertierbaren Währung erfolgt.“

4. § 2 hat zu lauten:

„§ 2. Wird die Haftung des Bundes gemäß § 1 Abs. 1 und 2 für Fremdwährungen übernommen, so sind diese zu den im Zeitpunkt der Haftungsübernahme vom Bundesministerium für Finanzen jeweils festgesetzten Kassenwerten auf die genannten Höchstbeträge anzurechnen.“

5. § 3 hat zu lauten:

„§ 3. Die im § 1 Abs. 1 erteilte Ermächtigung gilt bis einschließlich 31. Dezember 1972, die im § 1 Abs. 2 erteilte Ermächtigung bis einschließlich 31. Dezember 1974.“

Artikel II

Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist der Bundesminister für Finanzen betraut.

Klaus Jonas Koren

212. Bundesgesetz vom 11. Juni 1969 über das Erlöschen von Forderungen des Bundes gegen die Hofherr-Schranz Aktiengesellschaft und die Trauzl-Werke Aktiengesellschaft

Der Nationalrat hat beschlossen:

§ 1

Die nachstehenden Forderungen des Bundes gegen die Hofherr-Schranz AG. und die Trauzl-Werke AG. aus Darlehen des Investitionsfonds für verstaatlichte Unternehmungen, aus Darlehen aus allgemeinen Haushaltsmitteln des Bundes sowie auf Grund übernommener Haftungen gelten rückwirkend als erloschen, und zwar

Geschäftszahl der zuständigen Zentralstelle	Betrag	Art der Forderung	Ende der Laufzeit
(1) a) Hofherr-Schranz AG.:			
BKA. 106.708-6/62	S 3,000.000'—	Investitionsfonds- darlehen	30. 6. 1968
BMfVuvU. 71.761-V/4/66	S 32,722.000'70	Regreßforderungen	1. 8. 1966
BMfF. 11.202-17 a/65	S 4,597.453'—	Bundesdarlehen	31. 12. 1968
Summe ...	S 40,319.453'70		
b) Trauzl-Werke AG.:			
BMfVuvU. 73.770-V/1/67	S 4,000.000'—	Investitionsfonds- darlehen	31. 12. 1968
BMfF. 308.260-17 a/67	S 5,000.000'—	Bundesdarlehen	31. 12. 1968
Summe ...	S 9,000.000'—		
mit Wirkung vom 31. Dezember 1967.			
(2) a) Hofherr-Schranz AG.:			
BMfF. 325.692-17 a/68	S 6,000.000'—	Bundesdarlehen	31. 12. 1973
BMfF. 330.792-17 a/68	S 5,000.000'—	Bundesdarlehen	31. 12. 1973
Summe ...	S 11,000.000'—		
b) Trauzl-Werke AG.:			
BMfF. 314.290-17 a/68	S 5,000.000'—	Bundesdarlehen	30. 6. 1973
mit Wirkung vom 31. Dezember 1968.			
(3) Trauzl-Werke AG.:			
BMfF. 335.629-17 a/68	S 16,700.000'—	Bundesdarlehen	30. 6. 1981
mit Wirkung vom 31. Jänner 1969.			

§ 2

Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist der Bundesminister für Finanzen im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen betraut.

Jonas
Klaus Koren Weiß

213. Verordnung des Bundesministers für soziale Verwaltung vom 16. Juni 1969 über die Durchführung der Vermittlung schwer vermittelbarer Personen

Auf Grund des § 16 des Arbeitsmarktförderungsgesetzes, BGBl. Nr. 31/1969, wird verordnet:

§ 1. (1) Nachstehend angeführte Personengruppen sind bei der Arbeits- und Lehrstellen-

vermittlung besonders zu berücksichtigen, sofern deren Vermittlung im Hinblick auf ihre persönlichen Verhältnisse, wie körperliche oder psychische Behinderung, erschwert ist:

- a) körperlich Behinderte, wie am Stütz- oder Bewegungsapparat Behinderte, chronisch organisch Erkrankte, Sinnesbehinderte;
- b) psychisch Behinderte, wie an Geisteschwäche, Psychosen oder Neurosen Leidende und Anfallsranke;

- c) Personen, bei denen eine soziale Fehl-
anpassung vorliegt;
- d) Personen, bei denen sonstige Umstände,
wie Schwangerschaft, Betreuungs- oder
Sorgepflicht, fortgeschrittenes Alter, Mangel
an schulischen Voraussetzungen für eine Er-
werbstätigkeit, vorliegen.

§ 2. (1) Für Arbeitsuchende im Sinne des § 1
Abs. 1 sind dauerhafte Lösungen ihrer Beschäf-
tigungsprobleme anzustreben. Vor ihrer Zusam-
menführung mit Arbeitgebern sind alle in Be-
tracht kommenden Maßnahmen zu ergreifen, um
eine Anpassung dieser Personen an geeignete Ar-
beitsplätze unter Berücksichtigung der Arbeits-
marktlage herbeizuführen.

(2) Zu den Maßnahmen gemäß Abs. 1, die den
Zwecken einer möglichst dauerhaften Lösung der
Beschäftigungsprobleme von schwer vermittel-
baren Personen entsprechend zu gestalten sind,
zählen insbesondere die Gewährung von Beihilfen
gemäß den §§ 19 Abs. 1, 21 Abs. 1 bis 3 und
27 Abs. 1 lit. a und c des Arbeitsmarktförderungs-
gesetzes.

§ 3. (1) Vor Durchführung von Maßnahmen
gemäß § 2 ist die Art der Behinderung erforder-
lichenfalls durch Einholung ärztlicher oder
psychologischer Gutachten festzustellen. Die Ein-
holung bzw. die Weitergabe solcher Gutachten
hat die Zustimmung des Betroffenen, bei Minder-
jährigen überdies die Zustimmung des Erzie-
hungsberechtigten (§ 39 Jugendwohlfahrtsgesetz,
BGBl. Nr. 99/1954), bei Personen, die aus einem
anderen Grund nicht eigenberechtigt sind, über-
dies die Zustimmung ihres gesetzlichen Ver-
treeters zur Voraussetzung.

(2) Verweigert der Arbeitsuchende die Zustim-
mung (Abs. 1), obwohl ein Gutachten für die
Feststellung der Art der Behinderung unbedingt
erforderlich ist, so ist eine besondere Berücksichti-
gung bei der Arbeits- und Lehrstellenvermittlung
im Sinne dieser Verordnung ausgeschlossen.

(3) Bei erstmaliger Aufnahme einer Beschäf-
tigung, bei einem Berufswechsel und vor Einleitung
von Maßnahmen gemäß § 19 Abs. 1 lit. b des
Arbeitsmarktförderungsgesetzes sind die Dienste
der Berufsberatung der Arbeitsmarktverwaltung
in Anspruch zu nehmen.

(4) Die körperlichen und psychischen Anfor-
derungen, die der Arbeitsplatz an den Arbeit-
suchenden stellt, sind zu erheben.

§ 4. Personen, deren Lehrverhältnis ohne
eigenes Verschulden vorzeitig aufgelöst wurde,

sind bei der Lehrstellenvermittlung besonders zu
berücksichtigen; im übrigen finden die Vorschrif-
ten der §§ 2 und 3 sinngemäß Anwendung.

Rehor

**214. Kundmachung des Bundesministers
für Inneres vom 6. Juni 1969 über die Auf-
hebung der Verordnung des Bundespolizei-
kommissariates Leoben vom 20. Oktober
1949, betreffend das Aushängen und An-
schlagen von Druckwerken, durch den Ver-
fassungsgeschichtshof**

Gemäß Artikel 139 Abs. 2 des Bundes-Verfas-
sungsgesetzes in der Fassung von 1929 und § 60
Abs. 2 des Verfassungsgeschichtshofgesetzes 1953,
BGBl. Nr. 85, wird kundgemacht:

Der Verfassungsgeschichtshof hat mit Erkenntnis
vom 11. März 1969, Zl. V 79/68, die Verordnung
des Bundespolizeikommissariates Leoben vom
20. Oktober 1949, betreffend das Aushängen und
Anschlagen von Druckwerken, als gesetzwidrig
aufgehoben.

Soronicis

**215. Kundmachung des Bundeskanzlers
vom 11. Juni 1969 über den Beitritt der Ver-
einigten Staaten von Amerika zum Zollab-
kommen über den internationalen Waren-
transport mit Carnets TIR (TIR-Abkommen)
vom 15. Jänner 1959**

Nach Mitteilung des Generalsekretärs der
Vereinten Nationen haben die Vereinigten
Staaten von Amerika am 3. Dezember 1968 ihre
Beitrittsurkunde zum Zollabkommen über den
internationalen Warentransport mit Carnets
TIR (TIR-Abkommen) samt Unterzeichnungs-
protokoll (BGBl. Nr. 92/1960 in der Fassung der
Kundmachung BGBl. Nr. 296/1966, letzte Kund-
machung betreffend den Geltungsbereich BGBl.
Nr. 354/1967) mit der Erklärung hinterlegt, daß
dieser Beitritt für ihr gesamtes Zollgebiet gilt.

Das Abkommen ist für die Vereinigten Staaten
von Amerika am 3. März 1969 in Kraft getreten.

Klaus

216. Kundmachung des Bundeskanzlers vom 12. Juni 1969, womit der Beschluß Nr. 6/1969 des Rates der Europäischen Freihandelsassoziation, gefaßt auf Grund des Übereinkommens zur Errichtung der Europäischen Freihandelsassoziation (BGBl. Nr. 100/1960, in der Fassung der Kundmachung BGBl. Nr. 160/1969), verlautbart wird

<p>EUROPEAN FREE TRADE ASSOCIATION</p> <p style="text-align: right;">EFTA/DC 6/69</p> <p>DECISION OF THE COUNCIL No. 6 OF 1969</p> <p>(Adopted at the 12th Simultaneous Meeting on 21st April, 1969)</p> <p style="text-align: center;">AMENDMENT OF SCHEDULE I TO ANNEX B TO THE CONVENTION</p> <p>THE COUNCIL, Having regard to paragraph 5 of Article 4 of the Convention,</p> <p>DECIDES:</p> <p>1. Schedule I to Annex B to the Convention shall be amended by replacing the wording of the finished product description against heading No. 86.08 by: "Containers specially designed and equipped for carriage by one or more modes of transport."</p> <p>2. This Decision shall enter into force immediately.</p> <p>3. The Secretary-General shall deposit the text of this Decision with the Government of Sweden.</p>	<p style="text-align: center;">(Übersetzung)</p> <p>EUROPAISCHE FREIHANDELS- ASSOZIATION</p> <p style="text-align: right;">EFTA/DC 6/69</p> <p>BESCHLUSS DES RATES Nr. 6/1969</p> <p>(In der 12. gemeinsamen Sitzung am 21. April 1969 gefaßt)</p> <p style="text-align: center;">ABÄNDERUNG DER BEILAGE I ZU ANHANG B DES ÜBEREINKOMMENS</p> <p>DER RAT hat, gestützt auf Artikel 4 Absatz 5 des Übereinkommens,</p> <p>BESCHLOSSEN:</p> <p>1. Die Beilage I zum Anhang B des Übereinkommens wird abgeändert. Der Text der Bezeichnung der Position 86.08 ist wie folgt zu ersetzen: (bedarf keiner Abänderung im Wortlaut der deutschen Übersetzung)</p> <p>2. Dieser Beschluß tritt sofort in Kraft.</p> <p>3. Der Generalsekretär wird den Text dieses Beschlusses bei der Regierung Schwedens hinterlegen.</p>
---	---

Klaus

217. Kundmachung des Bundeskanzlers vom 12. Juni 1969, womit der Beschluß Nr. 3/1969 des Gemeinsamen Rates, gefaßt auf Grund des Übereinkommens zur Schaffung einer Assoziation zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Freihandelsassoziation und der Republik Finnland (BGBl. Nr. 193/1961, in der Fassung der Kundmachung BGBl. Nr. 161/1969), verlautbart wird

<p>FINLAND-EFTA ASSOCIATION</p> <p style="text-align: right;">FINEFTA/DJC 3/69</p> <p>DECISION OF THE JOINT COUNCIL No. 3 OF 1969</p> <p>(Adopted at the 12th Simultaneous Meeting on 21st April, 1969)</p> <p style="text-align: center;">AMENDMENT OF SCHEDULE I TO ANNEX B TO THE CONVENTION</p> <p>THE JOINT COUNCIL, Having regard to paragraph 5 of Article 4 of the Convention,</p>	<p style="text-align: center;">(Übersetzung)</p> <p>FINNLAND-EFTA ASSOZIIERUNG</p> <p style="text-align: right;">FINEFTA/DJC 3/69</p> <p>BESCHLUSS DES GEMEINSAMEN RATES Nr. 3/1969</p> <p>(In der 12. gemeinsamen Sitzung am 21. April 1969 gefaßt)</p> <p style="text-align: center;">ABÄNDERUNG DER BEILAGE I ZU ANHANG B DES ÜBEREINKOMMENS</p> <p>DER GEMEINSAME RAT hat, gestützt auf Artikel 4 Absatz 5 des EFTA- Übereinkommens,</p>
--	--

Having regard to paragraph 6 of Article 6 of the Agreement,

DECIDES:

1. Decision of the Council No. 6 of 1969 shall be binding also on Finland and apply in relations between Finland and the other Parties to the Agreement.
2. The Secretary-General of the European Free Trade Association shall deposit the text of this Decision with the Government of Sweden.

gestützt auf Artikel 6 Absatz 6 des Assoziierungsübereinkommens,

BESCHLOSSEN:

1. Der Ratsbeschuß Nr. 6/1969¹⁾ ist auch für Finnland bindend und auf die Beziehungen zwischen Finnland und den anderen Parteien des Assoziierungsübereinkommens anzuwenden.
2. Der Generalsekretär der Europäischen Freihandelsassoziation wird den Text dieses Beschlusses bei der Regierung Schwedens hinterlegen.

¹⁾ Der Beschluß Nr. 6/1969 des Rates der Europäischen Freihandelsassoziation ist unter BGBl. Nr. 216/1969 verlautbart.

Klaus

218.

ABKOMMEN

zwischen der Republik Österreich und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien betreffend die Änderung und Ergänzung des Abkommens über den alpinen Touristenverkehr im Grenzgebiet vom 10. Oktober 1966

Die Österreichische Bundesregierung und die Regierung der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien sind im Interesse der Förderung der guten nachbarlichen Beziehungen übereingekommen, das Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien über den alpinen Touristenverkehr im Grenzgebiet vom 10. Oktober 1966 wie folgt abzuändern und zu ergänzen:

Artikel I

1. Artikel 1 Ziffer 2 hat zu lauten:

„2. Im Gebiet des Hochstuhls (Stol): Auf österreichischem Gebiet von der Klagenfurter Hütte (Celovška koča) auf dem Fahrweg bis zur Kehre nordwestlich der Kote 1448 (Karkurve), von dort über das Kar und den Klettersteig zum Grenzübergang Hochstuhl Gipfel (Stol-vrh) Kote 2238, weiter auf jugoslawischem Gebiet zur Prescheren-Hütte (Prešernova koča) und weiter zum Grenzübergang Bielschitza-Sattel (Sedlo Belščica) Kote 1840, von dort auf österreichischem Gebiet zur Klagenfurter Hütte (Celovška koča).“

2. Dem Artikel 1 wird als Ziffer 3 angefügt:

„3. Im Gebiet der Steiner Alpen (Kamniške alpe):

- a) Auf jugoslawischem Gebiet von der Frischaufhütte (Frišaufov dom) zum Grenzüber-

SPORAZUM

između Republike Austrije i Socijalističke Federativne Republike Jugoslavije o izmenama i dopunama Sporazuma o planinarskom turističkom prometu u graničnom području od 10. oktobra 1966. godine

Savezna vlada Austrije i Vlada Socijalističke Federativne Republike Jugoslavije sporazumele su se, da u interesu unapredjivanja dobrosusedskih odnosa, izmene i dopune Sporazum između Republike Austrije i Socijalističke Federativne Republike Jugoslavije o planinarskom turističkom prometu u graničnom području od 10. oktobra 1966. godine kako sledi:

Član I

1. Član 1. tačka 2. glasiće:

„2. Na području Stola (Hochstuhl): na austrijskoj teritoriji od Celovške koče (Klagenfurter Hütte) kolovozom do krivine severozapadno od kote 1448 (Karkurve) preko padine nanosa kamenja i stazom za penjanje do graničnog prelaznog mesta Stol-vrh (Hochstuhl Gipfel) kota 2238, zatim na jugoslovenskoj teritoriji do Prešernove koče (Prescheren-Hütte) i dalje do graničnog prelaznog mesta Sedlo Belščica (Bielschitza-Sattel) kota 1840, zatim na austrijskoj teritoriji do Celovške koče (Klagenfurter Hütte).“

2. Članu 1. dodaje se tačka 3:

„3. Na području Kamniških alpi (Steiner Alpen):

- a) Na jugoslovenskoj teritoriji od Frišaufovog doma (Frischaufhütte) do graničnog prelaz-

gang Sanntaler Sattel (Savinjsko sedlo) Kote 2001, weiter auf österreichischem Gebiet durch die Vellacher Kotschna (Belska Kočna) zum Maierhof (Fuchshube);

- b) auf jugoslawischem Gebiet von der Tschechischen Hütte (Češka koča) zum Grenzübergang Kote 2163 beim Grenzstein XXII/265, weiter auf österreichischem Gebiet durch die Vellacher Kotschna (Belska Kočna) zum Maierhof (Fuchshube).“

3. Artikel 2 hat zu lauten:

„Artikel 2

(1) Der Grenzübergang Kordeschkopf (Kordeževa glava) darf nur vom 15. April bis 15. Oktober in der Zeit von 6 Uhr bis 18 Uhr benützt werden.

(2) Die Grenzübergänge Bielschitza-Sattel (Sedlo Belščica) und Hochstuhlgipfel (Stol-vrh) dürfen nur vom 15. Mai bis 15. November von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang benützt werden.

(3) Die Grenzübergänge Sanntaler Sattel (Savinjsko sedlo) und Kote 2163 beim Grenzstein XXII/265 dürfen nur vom 1. Juni bis 30. September an Samstagen, Sonntagen und gesetzlichen Feiertagen in der Zeit von 6 Uhr bis 18 Uhr benützt werden.

(4) Die in den Absätzen 1 bis 3 genannten Benützungszeiten dürfen nur in Fällen höherer Gewalt überschritten werden.“

Artikel II

Dieses Abkommen tritt 60 Tage nach seiner Unterzeichnung in Kraft.

GESCHEHEN zu Belgrad am 8. Mai 1969 in zwei Urschriften, jede in deutscher und serbokroatischer Sprache, wobei beide Texte authentisch sind.

Für die Österreichische Bundesregierung:

Dr. Walther Peinsipp m. p.

Für die Regierung der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien:

Mitja Vošnjak m. p.

nog mesta Savinjsko sedlo (Sanntaler Sattel) kota 2001, zatim na austrijskoj teritoriji kroz Belsku Kočnu (Vellacher Kotschna) do Maierhof-a (Fuchshube);

- b) na jugoslovenskoj teritoriji od Češke koče (Tschechische Hütte) do graničnog prelaznog mesta kota 2163 kod graničnog stuba XXII/265, zatim na austrijskoj teritoriji kroz Belsku Kočnu (Vellacher Kotschna) do Maierhof-a (Fuchshube).“

3. Član 2 glasiće:

„Član 2

(1) Granično prelazno mesto Kordeževa glava (Kordeschkopf) može se koristiti samo od 15. aprila do 15. oktobra u vremenu od 6 do 18 časova.

(2) Granična prelazna mesta Sedlo Belščica (Bielschitza-Sattel) i Stol-vrh (Hochstuhlgipfel) mogu se koristiti samo od 15. maja do 15. novembra od izlaska do zalaska sunca.

(3) Granična prelazna mesta Savinjsko sedlo (Sanntaler Sattel) i kota 2163 kod graničnog stuba XXII/265 mogu se koristiti od 1. juna do 30. septembra samo subotom, nedeljom i praznicima odredjenim zakonom, u vremenu od 6 do 18 časova.

(4) Prekoračenje vremena navedenih u stavovima 1 do 3 dozvoljeno je samo u slučajevima više sile.“

Član II

Ovaj Sporazum stupa na snagu 60 dana posle potpisivanja.

SAČINJENO u Beogradu 8. maja 1969 godine u dva originalna primerka, svaki na nemačkom i srpskohrvatskom jeziku pri čemu su oba tela autentična.

Za Austrijsku Saveznu Vladu:

Dr. Walther Peinsipp m. p.

Za Vladu Socijalističke Federativne Republike Jugoslavije:

Mitja Vošnjak m. p.

Klaus



BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Der **Bezugspreis** des Bundesgesetzblattes für die Republik Österreich beträgt vorbehaltlich allfälliger Preiserhöhungen infolge unvorhergesehener Steigerung der Herstellungskosten bis zu einem Jahresumfang von 1800 Seiten S 168.— für Inlands- und S 216.— für Auslandsabonnements. Für den Fall, daß dieser Umfang überschritten wird, bleibt für den Mehrumfang eine entsprechende Neuberechnung vorbehalten. Der Bezugspreis kann auch in zwei gleichen Teilbeträgen zum 1. Jänner und 1. Juli entrichtet werden.

Einzelne Stücke des Bundesgesetzblattes sind erhältlich gegen Entrichtung des Verschleißpreises von 40 g für das Blatt = 2 Seiten, jedoch mindestens S 1.50 für das Stück, bei der Manz'schen Verlags- und Universitätsbuchhandlung in Wien I, Kohlmarkt 16 (Postleitzahl 1010), Telephon 63 17 85 Serie, sowie in der Verkaufsstelle der Österreichischen Staatsdruckerei — Wiener Zeitung, Wien I, Wollzeile 27 a (Postleitzahl 1037), Telephon 52 43 42.

Bezugsanmeldungen werden von der Abonnementstelle der Österreichischen Staatsdruckerei — Wiener Zeitung in Wien III, Rennweg 12 a (Postleitzahl 1037), entgegengenommen.

Als **Bezugsanmeldung** gilt auch die Überweisung des Bezugspreises oder seines ersten Teilbetrages auf das Postsparkassenkonto Wien Nr. 178. Die Bezugsanmeldung gilt bis zu einem allfälligen schriftlichen Widerruf. Der Widerruf ist nur mit Wirkung für das Ende des Kalenderjahres möglich. Er muß, um wirksam zu sein, spätestens am 15. Dezember bei der Abonnementstelle der Österreichischen Staatsdruckerei — Wiener Zeitung, Rennweg 12 a, 1037 Wien, einlangen.

Die **Zustellung** des Bundesgesetzblattes erfolgt erst nach Entrichtung des Bezugspreises. Die Bezieher werden, um keine Verzögerung in der Zustellung eintreten zu lassen, eingeladen, den Bezugspreis umgehend zu überweisen. Ersätze für abgängige oder mangelhaft zugekommene Stücke des Bundesgesetzblattes sind binnen drei Monaten nach dem Erscheinen unmittelbar bei der Abonnementstelle der Österreichischen Staatsdruckerei — Wiener Zeitung, Wien III, Rennweg 12 a (Postleitzahl 1037), anzufordern. Nach Ablauf dieses Zeitraumes werden Stücke des Bundesgesetzblattes ausnahmslos nur gegen Entrichtung des Verschleißpreises abgegeben.